



## 2. Sitzung

Mittwoch, 31. Oktober 2001

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder

### Inhalt

#### Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Ergänzung  
der **Tagesordnung**

25 A

Antrag der Fraktion der CDU, der Partei  
Rechtsstaatlicher Offensive und der Fraktion  
der FDP:

**Wahl eines Ersten Bürgermeisters**

– Drs 17/15 –

25 A

Ergebnis

25 C

Antrag des Ersten Bürgermeisters:

**Bestätigung und Vereidigung des  
berufenen Zweiten Bürgermeisters sowie  
der übrigen Mitglieder des Senats**

– Drs 17/16 –

26 C

Ergebnis

27 A

**Ausscheiden aus dem Senat  
und Niederlegen des Mandats**

26 A

(Ortwin Runde, Ute Pape)

**Dank an die ehemaligen Senatsmitglieder**

26 A

**Ausscheiden aus dem Senat  
und Wiederaufleben des Mandats**

26 B

(Dr. Willfried Maier, Alexander Porschke,  
Krista Sager, Eugen Wagner)

**Ausscheiden von Abgeordneten**

26 C

(Andreas Dressel, SPD, Jens Kerstan,  
Jörg Lühmann und Sabine Steffen, alle GAL)

#### Nachrücken von Abgeordneten

26 A, B, 27 D

(Wolfgang Franz und Doris Mandel,  
beide SPD, Karl-Heinz Warnholz und  
Wolfgang Drews, beide CDU,  
Christian Brandes, Jens Pramann,  
Andreas Jannusch, alle Partei  
Rechtsstaatlicher Offensive,  
Martin Woestmeyer, FDP)

#### Ruhen des Mandats

26 B, 27 D

(Ole von Beust, CDU, Mario Mettbach,  
Peter Rehaag, Ronald Barnabas Schill,  
alle Partei Rechtsstaatlicher Offensive,  
Rudolf Lange, FDP)

#### Niederlegen des Mandats

28 B

(Dr. Roland Salchow, CDU)

Schreiben des Ersten Bürgermeisters:

#### Geschäftsverteilung des Senats

27 D

#### Aktuelle Stunde

28 C

**KZ-Gedenkstätte Neuengamme:  
Die Bürgerschaft steht im Wort**

28 C

Christa Goetsch GAL

28 C

Dr. Holger Christier SPD

29 C

Dr. Michael Freytag CDU

30 B

Martin Woestmeyer FDP

30 C

Frank-Michael Bauer

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

31 B

Dr. Roger Kusch, Senator

32 A

Dr. Willfried Maier GAL

33 C

Dringlicher Senatsantrag:

**Bewerbung Hamburgs um die Ausrichtung  
der Olympischen Sommerspiele 2012**

– Drs 17/20 –

Beschlüsse

34 B

34 C

Antrag der Fraktion der SPD:

**Änderung der Zusammensetzung des  
Ausschusses für Verfassung,  
Geschäftsordnung und Wahlprüfung**

– Drs 17/21 –

Beschluss

34 C

34 C

**A      Beginn: 15.03 Uhr**

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer zweiten Bürgerschaftssitzung in dieser neuen Legislaturperiode.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat wurde die Tagesordnung um Punkt 9, das ist ein Dringlicher Senatsantrag, und Punkt 10, das ist ein Antrag der SPD-Fraktion, ergänzt. Die Drucksachen sind Ihnen inzwischen zugegangen.

Die Tagesordnungspunkte 2 bis 5, dabei handelt es sich um Wahlen zu verschiedenen Gremien, wurden vertagt; ebenso Punkt 7 der Tagesordnung, der die Aufhebung des Gesetzes über die Polizeikommission zum Gegenstand hat.

Über die Frage, ob die heutige Plenarsitzung mit der Wahl des Ersten Bürgermeisters einschließlich der Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren beginnen soll oder mit der Aktuellen Stunde, konnte im Ältestenrat kein Einvernehmen erzielt werden. Ich empfehle der Bürgerschaft deshalb unter Berufung auf Paragraph 26 Absatz 3 der Geschäftsordnung unter Berücksichtigung des Meinungsbildes im Ältestenrat und unter Hinweis auf die in der Vergangenheit fast ausnahmslos geübte Praxis, die Wahl des Ersten Bürgermeisters einschließlich der Bestätigung der Senatorinnen und der Senatoren an den Beginn der heutigen Sitzung zu stellen. Daran anschließend soll dann die Aktuelle Stunde erfolgen. – Dagegen sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 6, die Drucksache 17/15, Wahl eines Ersten Bürgermeisters.

**B      [Antrag der Fraktion der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der Fraktion der FDP: Wahl eines Ersten Bürgermeisters – Drucksache 17/15 –]**

Vorgeschlagen ist Herr Ole von Beust. Da das Senatsgesetz in seinem Paragraphen 2 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Pawlowski, Frau Pauly und Herr Müller abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und von Herrn Randt den Stimmzettel entgegenzunehmen.

Wenn die Abgeordneten aufgerufen werden und den Stimmzettel entgegennehmen, bitte ich alle Medienvertreter, auf die bezeichneten Flächen zu gehen. Ansonsten ist nicht gewährleistet, dass die Abgeordneten ungehindert ihr Recht wahrnehmen können. Ich bitte die Medienvertreter auch an dieser Stelle, dass die Würde des Parlaments gewahrt bleibt, und dazu gehört der ungehinderte Zugang der Abgeordneten zu der Kanzleibank.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie den Stimmzettel entgegengenommen haben, gehen Sie bitte in eine der Kabinen und nehmen dort Ihre Wahlentscheidung vor. Der Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Stimmenthaltung. Ich bitte, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich dann zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Zettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Frau Pawlowski bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen. **C**

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Damit ist die Stimmabgabe abgeschlossen. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen und bitte, die Stimmentzählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmentzählung ist die Sitzung unterbrochen.

**Unterbrechung: 15.23 Uhr**

**Wiederbeginn: 15.32 Uhr**

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt.

Es sind 121 Stimmzettel abgegeben worden, davon waren 120 Stimmzettel gültig, ein Stimmzettel war ungültig. Bei den gültigen Stimmzetteln gab es folgendes Abstimmungsergebnis: 62 Abgeordnete haben mit Ja und 57 Abgeordnete mit Nein gestimmt; es gab eine Stimmenthaltung.

Nach Artikel 34 Absatz 1 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg ist für die Wahl des Ersten Bürgermeisters die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft erforderlich, also mindestens 61 Ja-Stimmen. Herr von Beust hat 62 erhalten und ist damit zum Ersten Bürgermeister gewählt worden.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Herr von Beust, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl. **D**

Ich bitte Sie nun, vor die Präsidiumsbank in unsere Mitte zu kommen.

Noch einmal meinen herzlichen Glückwunsch. Ich habe Sie zunächst zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

**Ole von Beust:** Ja, ich nehme die Wahl an.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Ich komme nunmehr zur Vereidigung eines Mitglieds des Senats.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor:

„Ich schwöre, dass ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will.“

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ nachzusprechen.

**Ole von Beust:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Herr von Beust, Herr Bürgermeister, Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

- A Im Namen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und viel Erfolg im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Meine Damen und Herren, vereinbarungsgemäß wird die Sitzung der Bürgerschaft jetzt unterbrochen. Ich werde auf den Wiederbeginn akustisch hinweisen.

**Unterbrechung: 15.36 Uhr**

**Wiederbeginn: 15.59 Uhr**

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet und ich bitte die Abgeordneten, Platz zu nehmen. Ich bitte die Medienvertreter, umgehend zu ihren Plätzen zu gehen.

Meine Damen und Herren! Gemäß Artikel 37 Absatz 1 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg führt der Senat bei Beendigung der Amtszeit des Ersten Bürgermeisters die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Ersten Bürgermeisters weiter. Die Wahl des neuen Ersten Bürgermeisters ist erfolgt und die Amtszeit des Senats damit beendet.

Meine Damen und Herren! Mit diesem Moment beginnt nun das Abschiednehmen, aber auch das Begrüßen. Frau Ute Pape und Herr Ortwin Runde haben mir mitgeteilt, dass sie nicht von ihrem Recht Gebrauch machen werden, das während ihrer Amtszeit ruhende Bürgerschaftsmandat auszuüben. Ihre Mandate werden jetzt von Herrn Wolfgang Franz und Frau Doris Mandel wahrgenommen.

- B Sehr geehrter Herr Runde! Sie haben diesem Hause von 1974 bis 1980 als Abgeordneter angehört. Von 1988 bis heute waren Sie Mitglied des Senats. Erst als Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales, seit 1993 dann als Finanzsenator und seit 1997 als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Viele kleine und große Projekte in den unterschiedlichen Politikbereichen unserer Stadt sind fest mit Ihrem Namen verbunden. Sie haben wichtige Vorhaben für die Zukunft Hamburgs auf den Weg gebracht. Im Namen des ganzen Hauses spreche ich Ihnen und den ausscheidenden Senatoren und Senatorinnen unseren Dank aus für Ihr Wirken für die Freie und Hansestadt Hamburg.

(Lang anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Ich wünsche Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg alles Gute.

Mit der Wahl von Herrn von Beust zum Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg ruht sein Bürgerschaftsmandat. Ich freue mich, als Nachrücker Herrn Warnholz begrüßen zu können, der bereits in der letzten Legislatur diesem Haus angehörte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihnen mitteilen, dass Frau Krista Sager, Herr Dr. Willfried Maier, Herr Alexander Porschke und Herr Eugen Wagner von ihrem Recht Gebrauch machen, die während ihrer Amtszeit als Senatoren ruhenden Bürgerschaftsmandate nunmehr auszuüben.

Sehr geehrte Frau Sager! Sie waren bereits von Februar 1989 bis 1994 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

Sehr geehrter Herr Maier und sehr geehrter Herr Porschke! Sie beide haben ebenfalls diesem Hause bereits von 1993 bis 1997 angehört.

Ich freue mich, Sie wieder hier begrüßen zu können.

C

(Anja Hajduk GAL: Wir auch!)

Sehr geehrter Herr Wagner! Angesichts Ihrer auch bundesweit außergewöhnlich langen Amtszeit als Senator ist in den Hintergrund getreten, dass Sie diesem Hause bereits von Juni 1978 bis Februar 1983 angehört haben. Nach 18 Jahren heiße ich nun auch Sie wieder herzlich willkommen in unserer Mitte.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Durch die Aufnahme der Mandate scheiden vier Mitglieder aus der Bürgerschaft aus. Bereits nach einer bürgerschaftlichen Sitzung müssen wir uns von Herrn Lühmann, Herrn Kerstan und Herrn Dressel, der bei der konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft als jüngster Abgeordneter als Schriftführer fungierte, verabschieden. Ebenfalls verabschieden müssen wir uns von Frau Steffen, die seit 1997 der Bürgerschaft angehörte und sich insbesondere im Bereich der Jugendpolitik engagiert hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf, Drucksache 17/16: Antrag des Ersten Bürgermeisters zur Bestätigung und Vereidigung des von ihm berufenen Zweiten Bürgermeisters sowie der übrigen Mitglieder des Senats.

**[Antrag des Ersten Bürgermeisters: Bestätigung und Vereidigung des berufenen Zweiten Bürgermeisters sowie der übrigen Mitglieder des Senats – Drucksache 17/16 –]**

Hierzu ist mir ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen, dessen Inhalt Ihnen in Form der Drucksache 17/16 ebenfalls vorliegt oder jetzt an Sie verteilt wird. Dieses Schreiben enthält die Namen der berufenen Senatorin und der Senatoren.

D

Nach Paragraph 4 des Senatsgesetzes entscheidet die Bürgerschaft über die vom Ersten Bürgermeister beantragte Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren ohne Aussprache in geheimer Abstimmung.

Vereinbarungsgemäß findet diese Abstimmung in Kabinen statt.

Wir verfahren wieder so, dass Frau Pawlowski, Frau Pauly und Herr Müller abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und von Herrn Randt den Stimmzettel entgegenzunehmen. Mit dem Zettel gehen Sie bitte in eine der Kabinen und nehmen dort Ihre Wahlentscheidung vor. Auf dem Stimmzettel sind alle Namen der vom Ersten Bürgermeister Berufenen aufgeführt.

Artikel 34 Absatz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg schreibt eine gemeinsame Bestätigung durch die Bürgerschaft vor. Insofern enthält der Stimmzettel auch nur eine Zeile mit je einem Feld für Zustimmung, Ablehnung oder Stimmenthaltung.

Ich bitte Sie, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Zettel in die Wahlurne. Ich sehe, dass der Platz für die Abgeordneten da ist. Dann bitte ich jetzt Frau Pawlowski, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

A (Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Damit ist die Stimmabgabe abgeschlossen. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

**Unterbrechung: 16.21 Uhr**

**Wiederbeginn: 16.28 Uhr**

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Meine Damen und Herren! Zur Wiedereröffnung der Sitzung bitte ich Sie, auf Ihren Plätzen Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Es sind 121 Stimmzettel abgegeben worden, davon waren 120 Stimmzettel gültig und ein Stimmzettel war ungültig. Es haben 63 Abgeordnete mit Ja gestimmt, 57 Abgeordnete mit Nein und es gab keine Enthaltung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Für die Bestätigung ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich und diese ist erreicht.

Meine Damen und Herren! Ich bitte jetzt Frau Senatorin und die Senatoren, vor die Präsidiumsbank in unsere Mitte zu kommen.

Ich komme nunmehr zur Vereidigung von Mitgliedern des Senats.

B (Die Anwesenden erheben sich.)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor.

„Ich schwöre, dass ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will.“

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ einzeln nachzusprechen.

Herr Dr. Jörg Dräger.

**Dr. Jörg Dräger:** Ich schwöre es.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Herr Dr. Roger Kusch.

**Dr. Roger Kusch:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Herr Rudolf Lange.

**Rudolf Lange:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Herr Mario Mettbach.

**Mario Mettbach:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Herr Dr. Wolfgang Peiner. C

**Dr. Wolfgang Peiner:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Herr Peter Rehaag.

**Peter Rehaag:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Herr Ronald Barnabas Schill.

**Ronald Barnabas Schill:** Ich schwöre es.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Frau Birgit Schnieber-Jastram.

**Birgit Schnieber-Jastram:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Herr Gunnar Uldall.

**Gunnar Uldall:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen der Bürgerschaft wünsche ich auch Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und viel Erfolg im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Der Senat wird nun zur Regelung seiner Geschäftsverteilung zusammentreten. Vereinbarungsgemäß wird die Sitzung der Bürgerschaft solange unterbrochen. Ich werde auf den Wiederbeginn mit einem akustischen Zeichen aufmerksam machen. D

**Unterbrechung: 16.32 Uhr**

**Wiederbeginn: 17.10 Uhr**

**Vizepräsident Berndt Röder:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Die Bürgerschaftsmandate der in den Senat berufenen bisherigen Mitglieder dieses Hauses, Herr Rudolf Lange, Herr Mario Mettbach, Herr Peter Rehaag und Herr Ronald Barnabas Schill, ruhen während der Amtszeit als Senatoren.

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters üben die auf der Liste der Partei Rechtsstaatlicher Offensive folgenden Bewerber nunmehr ihre Mandate aus. Ich begrüße Herrn Christian Brandes, Herrn Jens Pramann und Herrn Andreas Jannusch in unserer Mitte.

Entsprechend der Liste der FDP zieht Herr Martin Woestmeyer in die Bürgerschaft ein. Ebenfalls herzlich willkommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Damit bin ich – zumindest vorläufig – am Ende der Begrüßungen und Verabschiedungen angekommen.

Mir ist eben ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen. Dieses hat folgenden Wortlaut:

(Vizepräsident Berndt Röder)

A „Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
hiermit teile ich Ihnen mit, dass der neue Senat in seiner ersten Sitzung die anliegende vorläufige Geschäftsverteilung beschlossen hat, die von der vorgefundenen Verwaltungsgliederung ausgeht.

Der Senat beabsichtigt, die folgenden Behörden neu zu bilden:

- Behörde für Bildung und Sport
- Behörde für Soziales und Familie
- Behörde für Bau und Verkehr
- Behörde für Wirtschaft und Arbeit
- Behörde für Umwelt und Gesundheit

und wird der Bürgerschaft einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden zuleiten.

Mit freundlichen Grüßen  
Ole von Beust  
Erster Bürgermeister“

Ich komme zur vorläufigen Geschäftsverteilung des Senats.

„I. Senatsämter

Senatskanzlei	Erster Bürgermeister Ole von Beust
Staatsarchiv	Senator Rudolf Lange
Personalamt	Erster Bürgermeister Ole von Beust

Senatsamt für Bezirks- angelegenheiten	Senator Dr. Roger Kusch
--	-------------------------

B Senatsamt für die Gleichstellung	Senatorin Birgit Schnieber-Jastram
---------------------------------------	------------------------------------

II. Fachbehörden

Justizbehörde	Senator Dr. Roger Kusch
---------------	-------------------------

Behörde für Schule, Jugend und Berufs- bildung	Senator Rudolf Lange
--	----------------------

Behörde für Wissenschaft und Forschung	Senator Dr. Jörg Dräger
--	-------------------------

Kulturbedörde	Senator Rudolf Lange
---------------	----------------------

Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Senatorin Birgit Schnieber-Jastram
---	------------------------------------

Stadtentwicklungs- behörde	Senator Mario Mettbach
-------------------------------	------------------------

Baubehörde	Senator Mario Mettbach
------------	------------------------

Wirtschafts- behörde	Senator Gunnar Uldall
-------------------------	-----------------------

Behörde für Inneres	Zweiter Bürgermeister Ronald Barnabas Schill
------------------------	---

Umweltbehörde	Senator Peter Rehaag
---------------	----------------------

Finanzbehörde	Senator Dr. Wolfgang Peiner“
---------------	------------------------------

Mir ist ein Schreiben des Abgeordneten Professor Dr. Salchow zugegangen, in dem er mitteilt, dass er sein Mandat soeben niedergelegt hat. Er gehörte der Bürgerschaft seit 1978 an, zuletzt als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Er hat sich ganz besonders im Bereich der

Umweltpolitik engagiert. Herr Professor Dr. Salchow wird zukünftig eine neue Aufgabe im Senat wahrnehmen. Wir wünschen ihm dabei eine glückliche Hand und danken ihm für seine langjährige Mitwirkung in diesem Parlament.

(Beifall im ganzen Hause)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters rückt dafür Herr Wolfgang Drews nach, den wir hiermit herzlich willkommen heißen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Wir kommen zur

### Aktuellen Stunde

Dazu ist ein Thema angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

### KZ-Gedenkstätte Neuengamme: Die Bürgerschaft steht im Wort

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Goetsch wünscht es und bekommt es.

**Christa Goetsch** GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der neue Senat war noch gar nicht im Amt, da hatte er bereits das Ansehen Hamburgs international beschädigt.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Quatsch!)

Die neuen Koalitionspartner wollen auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme statt der Gedenkstätte weiterhin das Gefängnis betreiben. Dabei liegt es noch keine zwei Monate zurück, da wurde in diesem Hause einstimmig der Beschluss gefasst, die Vollzugsanstalt zu verlegen und das gesamte Gelände als Dokumentationsstätte einzurichten. Ich betone noch einmal: Die Bürgerschaft hat am 5. September 2001 den Beschluss einstimmig gefasst mit den Stimmen der CDU. Hier hatten sich alle Demokratinnen und Demokraten über die Parteigrenzen hinweg zu ihrer historischen Verantwortung bekannt und weit über die Stadtgrenzen hinaus ein Zeichen gesetzt. Das kann nicht einfach auf dem Altar des Koalitionsvertrages geopfert werden!

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Hamburg ist durch die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine internationale, eine lang er kämpfte Verpflichtung eingegangen, die nicht beliebig umgestoßen werden kann. Der Ruf Hamburgs in Europa und darüber hinaus steht auf dem Spiel und für Hamburg ist es eine besondere Verantwortung, für die Würde dieses historischen Ortes zu sorgen. Dazu gehört die Räumung der Strafanstalt.

Auch bei der Auflösung des Lagers beziehungsweise schon bei der Errichtung des KZs – lassen Sie mich diesen historischen Exkurs machen – hat sich die Stadt Hamburg als Mitinitiatorin in der Geschichte der Konzentrationslager nicht besonders hervorgetan. Im Gegenteil. Nach dem Prinzip „Vernichtung durch Arbeit“ versprach sich die Hansestadt durch den Häftlingseinsatz besonders billig Klinkersteine für die schnelle Umgestaltung zur Führerstadt zu bekommen. Auch bei der Auflösung des Lagers trug die Stadt Hamburg ein hohes Maß an Verantwortung. Man wollte den Briten das Lager „frei von KZ-Elendsgestalten“ überlassen. Das Verbrechen sollte vertuscht werden.

(Christa Goetsch GAL)

- A Tatsächlich fanden die Briten das Lager menschenleer, Todesmärsche und die Verschleppung der Häftlinge zur „Cap Arcona“ hatten dafür gesorgt.

Die Nachkriegsnutzung des KZs als britisches Internierungslager und dann ab 1948 als Hamburger Gefängnis setzt die Tradition des Vergessens fort.

Erst auf Drängen und Kämpfen der Überlebenden, die sich in der Amicale Internationale zusammengeschlossen hatten, wurden in den fünfziger und sechziger Jahren die Mahnmale errichtet. Ich freue mich sehr, dass Fritz Bringmann, überlebender ehemaliger Häftling des KZs Neuengamme, Vizepräsident der Amicale Internationale Deutschland, heute zu uns in die Bürgerschaft gekommen ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD sowie vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP – Glocke)

**Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Frau Abgeordnete! Darf ich darauf hinweisen, dass wir uns insgesamt freuen, dass Herr Bringmann hier heute teilnimmt. Aber es ist nicht die Aufgabe der Abgeordneten, die Begrüßung vom Rednerpult aus vorzunehmen.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Christa Goetsch** (fortfahrend): Erst Bürgermeister Vosscherau sorgte 1989 dafür, dass die Hansestadt aktiv wurde. Die Unzumutbarkeit, das ehemalige KZ als Vollzugsanstalt zu nutzen, sollte endlich beendet werden. Es wurde eine hochkarätige Senatskommission unter Mitwirkung der Mitglieder der Amicale Internationale und auch des langjährigen FDP-Vorsitzenden und Bürgerschafts-abgeordneten Robert Vogel eingerichtet. Gerade Robert Vogel hat sich besonders für die Verlagerung des Gefängnisses engagiert.

Wir haben nun endlich den Beschluss erreicht, an diesem Ort, an dem zehntausende Menschen aus ganz Europa der Freiheit und ihres Lebens beraubt wurden, eine nationale Gedenkstätte im Rang von Dachau und Bergen-Belsen zu errichten, die auch für künftige Generationen stehen soll. Gerade das Gelände und die Gebäude der Haftanstalt XII sind von höchster historischer und emotionaler Bedeutung. Um gleich irgendwelchen Ansinnen aus bestimmten Reihen dagegenzustellen: Es geht nicht um die Vollzugsanstalt IX, die auf einem ganz anderen Gelände steht. Es sind der Appellplatz, mit dem die Häftlinge die furchtbarsten Erinnerungen verbinden, die Krankenbaracken, in denen die Häftlinge zu Tode gespritzt wurden, und die Unterkünfte der Häftlinge, die weiter als Gefängnis genutzt werden sollen. Es ist zynisch, allein den Gedanken daran zu verschwenden, geschweige denn im Koalitionsvertrag festzuhalten, man könne vielleicht einvernehmlich mit den Überlebenden oder den Angehörigen die weitere Nutzung der Strafanstalt auf diesem Gelände überlegen.

(Glocke)

**Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Frau Abgeordnete! Ihre Redezeit ist bereits seit weitem überschritten.

**Christa Goetsch** (fortfahrend): Gestatten Sie mir noch einen Satz.

Ich wende mich an Herrn Bürgermeister von Beust: Sie tragen die Verantwortung für die ganze Stadt. Ich bitte Sie,

gegenüber den Überlebenden des Konzentrationslagers, gegenüber den Angehörigen der 50 000 Opfer, gegenüber allen Menschen der Lagergemeinschaft, beispielsweise Fritz Bringmann und Günther Wackernagel, keinen Wortbruch Hamburgs zu begehen. Ich bitte Sie darum, damit die Überlebenden nicht noch einmal kämpfen müssen. Das ist eine Frage des Anstands und der Würde.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Christier.

**Dr. Holger Christier** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist bedauerlich, eigentlich würde ich sagen, es ist sogar peinlich und ärgerlich, dass nach jahrelanger Diskussion, nach intensiver Vorarbeit und nach einem einstimmigen Beschluss der Bürgerschaft Anfang September 2001 und wenige Tage nach dem sechzigsten Jahrestag des Beginns der Deportationen aus Hamburg der Koalitionsvertrag leider Anlass bietet, erneut über den Ausbau der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und die Verlagerung der Justizvollzugsanstalt XII zu diskutieren. Ich sage dazu ganz klar vorweg: Dieser in Erwägung gezogene Affront gegen die Opfer des KZ-Terrors darf keine Realität werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dabei ist doch endlich eigentlich alles klar. Am 5. September 2001 stimmte die Bürgerschaft einstimmig dem Konzept für die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte zu einem Informations-, Begegnungs- und Dokumentationszentrum zu. Alles, was damals von allen Fraktionen übereinstimmend als Begründung gesagt wurde, bleibt richtig, insbesondere zur historischen Verpflichtung der Stadt. Ich zitiere stellvertretend Frau Dr. Weiss:

„Weil die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit für uns alle von entscheidender Bedeutung ist, wenn wir Gegenwart verstehen und Zukunft gestalten wollen, wünsche ich mir für dieses Projekt eine parteienübergreifende Unterstützung.“

Diese Feststellung bleibt auch heute völlig richtig.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Protokoll verzeichnet am 5. September an dieser Stelle: „Lang anhaltender Beifall im ganzen Hause“. Daraus ergibt sich zwingend, dass es den überlebenden Opfern nicht zuzumuten ist, mit ihrem Kampf für einen Ausbau der Gedenkstätte Neuengamme erneut von vorne anzufangen. Hamburg ist gegenüber den KZ-Häftlingen und ihren Angehörigen im Wort. Hamburg muss dieses Wort halten – ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Besorgt macht mich der gedankenlose und fahrlässige Stil, mit dem in der Koalition eine solch sensible Frage behandelt worden ist. Herr Schill, der bekanntermaßen immer gegen die Verlagerung war, musste bei den anderen Fraktionen nicht einmal Überzeugungsarbeit leisten. Das ist peinlich, CDU, FDP. Kurzes Gedächtnis? Moralisch unbewegt? Historisch uninteressiert? Das kann ich mir eigentlich gar nicht vorstellen. Dies ist ein peinlicher Vorgang und Frau Goetsch hat Recht, es ist national wie international Schaden entstanden und es fällt in Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Reaktion ist ebenso eindeutig wie katastrophal. Herr Bringmann ist bereits zitiert worden. Robert Pinçon, der

(Dr. Holger Christier SPD)

- A Vorsitzende der Amicale Internationale, sagt, das wäre für Hamburg und ganz Deutschland eine große Schande. Paul Spiegel nimmt es mit Befremden zur Kenntnis und hofft auf eine breite Front der Empörung. Die „Times“ macht den neuen Senat „dominated by a right wing populist“ – so schnell wird alles vermengt – für diese Entwicklung verantwortlich. Frau Jepsen sagt, wir haben unsere Stimme dafür zu erheben, dass die Fehler, die in den fünfziger Jahren begangen wurden, korrigiert werden, soweit das überhaupt möglich ist. Allen diesen Aussagen können wir uneingeschränkt zustimmen.

Nun wird ein bisschen zurückgerudert, es sollen in der endgültigen Fassung des Koalitionsvertrags Gespräche geführt werden. Das ist auch das Mindeste, was jetzt geschehen muss, um den Schaden zu begrenzen. Das genügt in dieser Situation aber nicht mehr. Deshalb mein dringlicher Appell an den Senat und insbesondere an Sie, Herr Bürgermeister von Beust, stellen Sie sich bitte bei dieser Sache in die Kontinuität der Verantwortung. Nehmen Sie hier und heute durch ein klares Wort die Unsicherheit vom weiteren Schicksal der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Wer die historischen Zusammenhänge kennt, der weiß, Ausbau und Verlagerung gehören historisch und moralisch zusammen. Beides ist unverzichtbar und beides sollte jetzt zügig in Angriff genommen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Freytag.

- B **Dr. Michael Freytag** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, werter Senat, gestatten Sie mir, dass ich diesen Ausblick kurz genieße. Nach den Geburten meiner Kinder, bei denen ich dabei sein konnte, ist dies mit Abstand der zweitbeste Anblick meines Lebens. Willkommen an Bord.

(Beifall bei der CDU, bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und bei der FDP – Zurufe von der SPD)

– Ich korrigiere mich: Es ist der drittschönste Anblick meines Lebens, sonst bekomme ich heute unangenehme Nachfolgespräche mit meiner Frau.

(*Antje Möller GAL:* Haben Sie das Thema überhaupt verstanden?)

Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten dieses Thema nicht zum Auftakt Ihrer Oppositionsarbeit gewählt, denn es gibt welche, die sich nicht für den politischen Meinungsstreit unter Parteien eignen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Dr. Andrea Hilgers SPD:* Das entscheiden wir selbst!)

Die schrecklichen Seiten unserer Geschichte verpflichten alle demokratischen Parteien, nicht das Trennende untereinander zu betonen und heraufzubeschwören, sondern Gemeinsamkeiten zu suchen. So werden wir es tun.

Was Sie hier entfachen wollen, liegt neben der Sache. Eben hatte Herr Christier es schon angedeutet. Die Grundlage dessen, was Sie zur Aktuellen Stunde anmelden, ist nicht gegeben. Es wird sich an der Beschlusslage – das steht in unserem Koalitionsvertrag – nichts ändern, wenn es kein Einvernehmen mit den Betroffenen, den Institutio-

nen, den jüdischen Organisationen, den Opferverbänden gibt.

(*Anja Hajduk GAL:* Nichts ändern!)

Damit ist die Geschäftsgrundlage für den Versuch, hier einen unglücklichen Start der Opposition zu vertuschen, schlichtweg gescheitert.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir strecken Ihnen die Hand aus. Dieses Thema ist zu ernst, um es auf dem Altar der Aktuellen Stunde zu opfern. Wir müssen uns der Verantwortung als Stadt insgesamt bewusst sein. Wer hier nicht die Gemeinsamkeiten der Demokraten sucht, sondern parteipolitisches Gezänk vorzieht, der beschädigt sich selbst, der schadet diesem Parlament und – noch schlimmer – der schadet dieser Stadt. Wir werden uns daran nicht beteiligen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Herr Woestmeyer bekommt das Wort.

**Martin Woestmeyer** FDP: Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Jede Rede, die ich hier zum Thema Neuengamme halten kann, muss sich mit etwas auseinander setzen, was man eigentlich nicht in Worte fassen kann. Das gewaltige Gelände dieses ehemaligen Konzentrationslagers, die unglaubliche Anzahl seiner 80 Außenstellen, die damit verbundene Systematik des Terrors, die dahinter steht, die unzählbare Menge von Menschenleben und die Vielfalt der Schicksale gemahnen zum Gedenken. Eine Gedenkstätte lässt uns dem allen sehr nahe kommen, aber niemals auch wirklich gerecht werden. Ich sage Ihnen dies aus der Sicht eines Kulturpolitikers und aus der Sicht eines jungen Abgeordneten, der auch im Interesse der künftigen Generationen Erinnerungen bewahren möchte.

Die KZ-Gedenkstätte in Neuengamme versucht, Erinnerungen lebendig und erfahrbar zu machen. Sie stellt sich damit auch den heutigen Formen des Erinnerns. Sie misst sich somit an gesellschaftlichen Entwicklungen. Auch die Politik muss sich daran messen lassen und sich den Notwendigkeiten stellen. Sie darf Bedarfsgesichtspunkte bei der Planung von Haftanstalten nicht aus dem Auge verlieren. Sie darf aber auch nicht den besonderen und den kulturellen Wert der Gedenkstätte Neuengamme missachten. Sie darf ebenso wenig beides gegeneinander stellen. Hier hat niemand einen Alleinvertretungsanspruch für „richtiges Gedenken“. Hier gilt es, den Ausgleich zwischen politischen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten zu finden.

Die FDP-Fraktion steht hinter der Koalitionsvereinbarung, Gespräche mit den Opferverbänden zu führen, um Einvernehmen zu erzielen,

(*Antje Möller GAL:* Das Einvernehmen ist schon da!)

ob die Pläne für die Schließung der JVA XII angesichts des Bedarfs an Haftplätzen aufgegeben werden können. Damit folgen wir auch einem Beschluß des FDP-Landesparteitags, der in besonderer Weise auf die Anliegen der Opfer eingeht. Zur Systematik des Nazi-Terrors gehörte die Konzentration und Verwaltung der politischen Gegner. Neuengamme steht auch für die Vielfalt der Opfer und Leidenden dieses Systems. Neben den Menschen, die aufgrund ihrer



(Martin Woestmeyer FDP)

- A politischen Überzeugung oder ihres Glaubens zu den Opfern dieses Lagers gehörten, mussten hier auch Menschen allein wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe oder wegen ihrer sexuellen Orientierung leiden.

Wohl zum ersten Mal in Deutschland nannte die Gedenkstätte 1965 in besonderer Weise die Roma als Teil der Verfolgten und Ermordeten, 1985 wiederum war die Gedenkstätte die erste, die öffentlich der verfolgten und ermordeten Homosexuellen gedachte. Uns als FDP ist es ein wichtiges Anliegen, die Belange und Interessen aller Opfer, ihrer Verbände und Institutionen in der Gestaltung des ehemaligen KZ-Geländes zu berücksichtigen, und nichts anderes sagt der Koalitionsvertrag.

Die GAL-Fraktion hat diese Aktuelle Stunde beantragt. Ich möchte Ihnen raten, auch in der neuen Rolle der Opposition nicht das Gleichgewicht zwischen den politischen Notwendigkeiten und den notwendigen politischen Einmischungen zu verlieren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Barbara Duden SPD*: Sie haben nichts begriffen!)

Der Respekt vor den Opfern verbietet es, mit ihrem Andenken Parteipolitik zu machen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dies gilt für den schwierigen Prozess neuer Bedarfsplanungen für Haftanstalten in Bezug auf die Regierungsparteien, aber es gilt ebenso für das Aufrühren und Aufschlagen von Themen, für die Sie als Grüne eben keinen nur einseitigen und nur allein richtigen Alleinvertretungsanspruch darstellen können. Das Finden einer einvernehmlichen Lösung der politisch Handelnden mit den Opfern und ihren Verbänden, wie auch von der Koalition vorgeschlagen,

(*Antje Möller GAL*: Sie ist gefunden worden!)

wird uns in der Sache weiter bringen,

(*Barbara Duden SPD*: Nein, das wird uns nicht weiterbringen!)

als dieses wichtige Anliegen mit der Scharfzüngigkeit einer Aktuellen Stunde zu verletzen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Bauer.

**Frank-Michael Bauer** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Sache werde ich deutlich und im Tonfall moderat dieses Thema behandeln.

Eine kleine Vorbemerkung: Wer auch immer hier meint, sei es in der Bürgerschaft, sei es der Zentralrat der Juden oder die Opferorganisation Amicale Internationale, das Alleinvertretungsrecht gepachtet zu haben, zur Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus Stellung zu beziehen, dem sage ich in aller Deutlichkeit: Sie haben es nicht.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Wer denn? – *Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive*)

Ich entstamme einer jüdischen Familie, der unter dem Nationalsozialismus Leid zugefügt wurde, die Opfer zu beklagen hatte. Mein Großvater war jüdischer Arzt, dessen

Praxis, Haus und Grundbesitz von Hitler-Schergen enteignet wurde. Kurz vor seiner Deportation hat er Selbstmord begangen. Meine Mutter ist Halbjüdin. Weitere Familienmitglieder wurden nur von der Nazi-Brut verschont, weil mein Vater Nichtjude und Berufssoldat gewesen ist, dekoriert mit hohen Kriegsauszeichnungen. Meinem Onkel, einem jüdischen Rechtsanwalt, entzogen die Nazis die Zulassung. Er wurde ins KZ Buchenwald deportiert, floh aus diesem, und nachdem er wieder gefasst wurde, wurde er zur Auswanderung nach Amerika gezwungen. Nach Kriegsende kehrte er zurück, wo er am 27. Dezember 1985 das Bundesverdienstkreuz aus der Hand der damaligen Justizsenatorin Eva Leithäuser für seine Verdienste um Verständigung und Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen erhalten hat.

(*Uwe Grund SPD*: Herr Bauer, reden Sie doch zur Sache!)

Auch Ronald Schills Familie wurde von der Nazi-Schreckensherrschaft nicht verschont. Sein Großvater wurde im KZ Neuengamme als Widerstandskämpfer hingerichtet. Genug der Vorbemerkungen.

Meine Damen und Herren! Es stellt sich immer und immer wieder die berechnete Frage, warum und weshalb 1948 den regierenden Sozialdemokraten jegliche Sensibilität abhanden gekommen ist, auf dem Gelände eines Konzentrationslagers, einem Ort des Schreckens, des Grauens und der Barbarei, wo zigtausende von Menschen ermordet wurden, eine Strafanstalt zu errichten. Keine der Antworten hat mich bisher restlos überzeugt, auch wenn aus damaliger Sicht einige plausibel wie nachvollziehbar sind. Trotzdem gibt es kein sachliches Argument, das jemals rechtfertigen kann,

(*Antje Möller GAL*: Das ist gar nicht das Thema!)

auf einem KZ-Gelände eine Strafanstalt zu errichten. Diese unsägliche Geisteshaltung der damals regierenden Sozialdemokratie ist Verhöhnung und Missachtung der Opfer und nicht, dass die Partei Rechtsstaatlicher Offensive, die CDU und die FDP die voll funktionsfähige Justizvollzugsanstalt XII erhalten wollen, weil wir schlichtweg mehr Haftplätze benötigen, aber auch, um einer Überbelegung der Hafträume entgegenzuwirken. Das Strafvollzugsgesetz regelt dieses in Paragraph 146 mit dem Verbot der Überbelegung. In einem demokratischen Rechtsstaat sind die Haftbedingungen menschenwürdig zu gestalten. Die Frage aber, ob Schwerstkriminelle, Kindermörder und -schänder oder Sexualstraftäter dieses für sich in Anspruch nehmen können, stellt sich hier und heute nicht. Hier und heute stellt sich die Frage, was wir mit zu Haftstrafen verurteilten Straftätern machen, wenn bestehende Haftplätze abgebaut werden sollen. Die neue Justizvollzugsanstalt Billwerder wird ja nicht zusätzlich, sondern statt der Anstalt XII gebaut.

(*Tanja Bestmann SPD*: Eben!)

Soll das etwa heißen, Numerus clausus für Straftäter oder Strafanstalten, Einreihen mit Ziehen einer Nummer in eine Warteschlange oder gar per Losverfahren ab in den Knast? Das kann es nicht sein.

Meine Damen und Herren! Keine, weder die Partei Rechtsstaatlicher Offensive noch die CDU und die FDP wollen den weiteren Ausbau der KZ-Gedenkstätte Neuengamme verhindern. Aber über das Wie unter Beachtung fehlender Haftplätze werden auch wir Verantwortung für die Geschichte und Opfer übernehmen,

(Frank-Michael Bauer Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

das soll heißen, dass der neue Senat schnellstens Gespräche mit jüdischen Organisationen, Opferverbänden und Institutionen aufnehmen und mit Vernunft und Augenmaß eine für beide Seiten tragfähige Lösung finden wird.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Die gibt es!)

Warten Sie die Gespräche und das Ergebnis dieser Gespräche ab, bevor Sie weiterhin den neuen Senat diskreditieren, ihm die moralische Keule verpassen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dass wir hier und heute diese Aussprache haben, meine Damen und Herren von der SPD, war nun einmal 1948 das Werk Hamburger Sozialdemokraten. – Danke schön.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt Senator Dr. Kusch.

**Senator Dr. Roger Kusch:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, dass ich vor Ihnen nicht mit großer Entspannung und Gelassenheit stehe. Der heutige Tag, die Wahl von Ole von Beust zum Ersten Bürgermeister, meine eigene neue Aufgabe und auch die Perspektive, aus der ich Ihnen nun zum ersten Mal in meinem Leben gegenüberstehe, ist sowohl für mein Berufsleben als auch für meine Teilhabe am politischen Geschehen eine Zäsur, wie ich sie noch nicht erlebt habe.

(Michael Neumann SPD: Freiwillig!)

B Ich will von diesem Teil meiner Gefühle aber nicht weiter sprechen, sondern zu jenem Teil der Gefühle übergehen, die mir viel wichtiger sind, denn jeder, der sich mit den Ereignissen des Dritten Reichs beschäftigt, und ich selber habe das seit meinen Studientagen immer wieder getan, kann nicht bei einer Analyse intellektuellen Inhalts und bei abstrahierten Fakten bleiben. Alles, was man aus diesen zwölf schlimmsten Jahren der deutschen Geschichte erfährt, geht auch ans Gemüt. Von meinen beiden wichtigsten Eindrücken dieses Inhalts will ich Ihnen berichten.

Vor 25 Jahren besuchte ich als Student die Gedenkstätte Yad Vashem. Das meiste, was ich damals gesehen habe, habe ich nicht mehr in Erinnerung, aber ein möglicherweise zunächst unscheinbar wirkendes Dokument ist mir so plastisch vor Augen, als hätte ich es erst vor wenigen Jahren gesehen. Es war eine Art Formular, wie es möglicherweise noch heute bei der Deutschen Bahn verwendet wird. Es war überschrieben mit Deutsche Reichsbahn und hatte das Aussehen einer Art Warenbegleitschein. Es wurde ein Zugtransport mit den üblichen Angaben über Zuglaufzeit, Abfahrts- und Ankunftsorte dokumentiert. Diese Normalität des oberen Teils des Formulars war geradezu in erschütterndem Kontrast zu dem, was unten im Formular stand, nämlich dort, wo nach der Formularvorgabe der Güterinhalt hätte mitgeteilt werden können; da stand nur das Wort „Juden“. In deutscher Sprache mit deutscher Akribie ausgefüllt ein solches Formular zu sehen, wahrzunehmen und davor zu stehen, hat mich mit sehr viel größerer Intensität die Zusammenhänge nachvollziehen und durchdenken lassen zwischen perfekter Administration und verbrecherischer politischer Intention, als mich vermutlich wissenschaftliche Abhandlungen über das Thema beeindruckt hätten.

C Zehn Jahre später besuchte ich Auschwitz. Mir hat es bereits nach Betreten des Lagers nicht nur die Sprache verschlagen, sondern ich wusste noch nicht einmal die Begriffe, mit denen ich mir selbst meine eigenen Gefühle klarmachen konnte. Besonders schrecklich war der Anblick einer Art Bildergalerie, die mir unendlich schien, in den Fluren von irgendwelchen Häusern, in denen die Gefangenen eingepfercht waren, eine unendliche Reihe von Bildern vermutlich von allen, die dort getötet wurden. Was aber viel schlimmer war, war der Anblick in einem anderen Raum, nämlich ein riesiger Berg von Kinderschuhen, vor dem ich stand und nicht wusste, was ich empfinden oder fühlen sollte.

An dieses Bild erinnerte ich mich in den letzten Tagen, seit die Diskussion um Neuengamme neu entbrannt ist, mit besonderer Intensität, denn mir wurde klar, dass der Eindruck, den ich von diesem Anblick hatte, von diesem Berg von Kinderschuhen, vermutlich weniger intensiv gewesen wäre, wenn ich dieses in einem Museum in Warschau oder Krakau gesehen hätte. Gerade der Anblick auf den Ort des Grauens hat den Eindruck hinterlassen, den ich bis heute in mir trage.

Aus meiner eigenen Betroffenheit habe ich deshalb auch volles Verständnis dafür, dass die Interessenvertreter der Gedenkstätte Neuengamme die Zweckentfremdung des ehemaligen KZ-Geländes zu Zwecken des Strafvollzugs kritisieren.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Das hat die Bürgerschaft beschlossen!)

D Es ist mir ein persönliches Anliegen, das ich mir bereits vor der heutigen Sitzung klargemacht habe, nämlich als Ole von Beust mir angekündigt hat, dass er mich für dieses Amt vorschlagen werde, mit größter Dringlichkeit und größter Intensität das Gespräch mit den Interessenvertretern der KZ-Gedenkstätte zu suchen und sie zu bitten, mit mir gemeinsam – ich selbst war noch nicht in Neuengamme – das KZ-Gelände zu besuchen und, wenn sie dazu bereit sind, auch die beiden Vollzugsanstalten auf dem ehemaligen KZ-Gelände, damit ich mir selbst einen intensiveren Eindruck von den Problemen, den Bedürfnissen und Ansichten der Interessenvertreter verschaffen kann, als ich ihn bisher durch schriftliche Form und Pressemitteilungen bekommen habe.

Ich bin fest davon überzeugt, dass der Senat eine würdige und für alle Belange akzeptable Lösung in vollem Einvernehmen mit den Interessenvertretern finden wird.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: 11. September!)

Ich selbst werde meinen Beitrag dazu leisten und mich für dieses Anliegen in vollem Umfang engagieren. Ob und inwieweit dabei dem Bürgerschaftsbeschluss vom September volle Rechnung getragen wird oder abgewichen wird, ist, verglichen mit dem Einvernehmen mit den Interessenverbänden, allerdings ein zweitrangiges Problem.

(Erhard Pumm SPD: Was? – Antje Möller GAL: Das ist ja interessant!)

Und was den Tonfall der Kritik angeht, so akzeptiere ich von denjenigen, die selbst im KZ Neuengamme gequält oder deren Vorfahren dort ermordet wurden, jede Form der Kritik, jeden Tonfall und jede Wortwahl. Aber, meine Damen und Herren Abgeordneten von der SPD, von Ihnen akzeptiere ich diesen Tonfall keineswegs in gleicher Weise,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Bitte?)

(Senator Dr. Roger Kusch)

- A denn Sie und Ihre politischen Vorfahren tragen Verantwortung für die Zustände, die wir heute auf dem KZ-Gelände haben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich werde es mir nicht verkneifen, mich zu wiederholen, verglichen mit dem, was Vorredner gesagt haben. Aber es muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass im September 1948 der damalige Hamburger Senat beschlossen hat, das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers für Zwecke des Strafvollzugs in Besitz zu nehmen. Diesem damaligen Senat haben weder die CDU noch die Schill-Partei, noch die FDP angehört.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Was ich übrigens noch schlimmer finde, ist – das liegt nicht so lange zurück wie das Jahr 1948 –, dass im Jahre 1970 der damalige Hamburger Senat entgegen den ausdrücklichen Forderungen der Amicale Internationale auf dem KZ-Gelände eine weitere Jugendstrafanstalt auf dem Gelände der ehemaligen Tongruben errichtete. Auch diesem Senat haben nicht die CDU, nicht die Schill-Partei und nicht die FDP angehört.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich halte es für völlig unangemessen, diese drei Koalitionsparteien nun an den Pranger angeblicher Geschichtsverantwortungslosigkeit zu stellen; dafür gibt es überhaupt keinen Anlass.

(Dirk Kienschner SPD: Sie sitzen zufällig im Senat!)

- B Und was den Tonfall der Kritik angeht, bitte ich insbesondere die Damen und Herren Abgeordneten der SPD, sich einen kleinen Zeitungsartikel zu Gemüte zu führen, der im September 1995 in der „Süddeutschen Zeitung“ erschien. Unter der Überschrift „Protest gegen Gefängnis auf KZ-Gelände“ war da zu lesen:

„Mit Kranzniederlegungen und einem Schweigemarsch haben ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Neuengamme bei Hamburg ihrer Befreiung vor 50 Jahren gedacht. Bürgermeister Henning Voscherau versprach bei einer Gedenkveranstaltung erneut, die nach dem Krieg auf dem ehemaligen KZ-Gelände Neuengamme errichtete Justizvollzugsanstalt Vierlande zu verlegen. Eine ‚Initiative Dokumentationsstätte KZ Neuengamme‘ kritisierte, dass Senat und Bürgerschaft der Hansestadt dies schon 1989 versprochen hätten, dass aber bis heute kaum etwas geschehen sei.“

(Anja Hajduk GAL: Und jetzt?)

„Die Justizbehörde begann erst kürzlich, Zellen im Gefängnis zu modernisieren, und errichtete einen neuen, über drei Meter hohen Zaun um das ehemalige KZ-Gelände, hieß es in einer Erklärung der Initiative. Voscherau gestand ein, dass die Verwaltung bei der Planung und Errichtung einer neuen Justizvollzugsanstalt an einem anderen Ort langsamer vorangekommen sei als erhofft.“

Was ich Ihnen gerade vorgelesen habe, war im Jahr 1995.

(Dirk Kienschner SPD: Jetzt haben wir aber 2001!)

Wenn die Worte des damaligen Bürgermeisters Voscherau so ernst gemeint gewesen wären, wie er sie formuliert hat, dann wäre mit den Fähigkeiten des Hamburger Bauge-

werbes eine Ersatzanstalt längst gebaut. Sie ist aber erst in Planung und das ist eine Verzögerung, die ausschließlich zu Lasten des bisherigen Senats geht und mit der wir, die wir heute den Senat gebildet haben, überhaupt nichts zu tun haben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Anja Hajduk GAL: Was ist das denn für ein Argument?)

Zum Schluss möchte ich Sie nur bitten, daran zu denken, dass auch der Tonfall von Oppositionsäußerungen über Hamburg hinaus wahrgenommen wird und dieser Tonfall möglicherweise Schaden für das Ansehen Hamburgs und mangelnden Respekt vor den Gequälten und Ermordeten im KZ bedeutet. Es gibt überhaupt keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass der Senat im Einvernehmen mit den betroffenen Organisationen eine historisch würdige Lösung findet.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Herr Senator, ich weise darauf hin, dass dies mehr als 200 Prozent der Redezeit waren, die den Abgeordneten der Aktuellen Stunde zur Verfügung steht.

Ich rufe den Abgeordneten Dr. Maier auf.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Damit ist er in der würdigen Tradition des Vorgänger-Senats!)

**Dr. Willfried Maier GAL:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir haben dieses Thema nicht gerne angemeldet. Wir hätten es lieber gehabt, wenn nach den mühevollen Vorgängen – ich gebe gerne zu, dass es mühevoll war, eine Einigung herbeizuführen – diese Einigung auch gehalten hätte und nicht zum Gegenstand eines Koalitionsdeals geworden wäre.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und wenn jetzt Erklärungen kommen wie die von Herrn Freytag, dass, wenn die Opfer sagen, sie wollen das so haben wie geplant, dann soll es auch bei dem Beschluss bleiben, dann ist das eine Ansage, die ich jetzt zum ersten Mal höre, die ich vom Ersten Bürgermeister noch nicht gehört habe. Das mag aber auch daran liegen, dass wir bisher keine Regierungserklärung zu hören bekommen haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Rolf Kruse CDU: Das ist auch gut so!)

Zum Zweiten geht es nicht darum, dass wir Grüne oder irgendjemand sonst ein besonderes Recht auf Moral in Anspruch nähmen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Dann lassen Sie es doch einfach!)

Wir sprechen Sie als diejenigen an, die ein Thema öffentlich gemacht haben, bei dem wir uns nach vielen Mühen einig waren. Und nachdem diese Einigkeit da war, haben Sie diese Einigkeit öffentlich zur Disposition stellen lassen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Genau!)

und das hat den Skandal ausgemacht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Jetzt sind Sie dabei, ein bisschen zurückzurudern. Es hilft aber überhaupt nichts, wenn Sie auf Familientradition, auf

(Dr. Willfried Maier GAL)

- A Opfer in den Familien verweisen; dadurch wird doch alles nur noch schlimmer.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Einen Gesichtspunkt möchte ich Ihnen vorhalten, den Herr Bringmann in einem „taz“-Interview genannt hat. Herr Bringmann hat gesagt:

„Die Überlebenden betrachten das Gelände als blutgetränkten Boden, der einem Friedhof gleichkommt.“

Die Überlebenden haben über 50 Jahre gebraucht, um in der Bürgerschaft einen einstimmigen Beschluss herbeizuführen, mit dem diese Erkenntnis endlich von allen Abgeordneten geteilt wurde, dass das ein blutgetränkter Boden ist, der einem Friedhof gleichkommt. Wenn wir das jetzt zurücknehmen, begeben wir uns in den Augen der Betroffenen in eine Situation von Grabschändung. Und wenn Sie jetzt sagen, nachdem die 50 Jahre verhandelt haben und die Bürgerschaft endlich den Beschluss gefasst hat: Jetzt machen wir noch einmal eine Verhandlungsrunde mit denen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist Hohn!)

so verkennen Sie, dass das sehr alte Menschen sind, denen Sie nach 50 Jahren jetzt die nächste Verhandlungsrunde zumuten wollen. Warum bleiben Sie nicht einfach bei dem, was diese Bürgerschaft gemeinsam, nachdem sie sich endlich einig geworden ist, getan hat. Herr Schill, machen Sie da einen Sprung, machen Sie mit! Wir bringen uns wirklich in eine unmögliche Situation, wenn wir als Bürgerschaft diesen Beschluss, der in der ganzen Republik öffentlich wahrgenommen wird, zur Disposition stellen und sagen, wir verhandeln noch mal neu mit den Opfern,

- B (Rolf Kruse CDU: Herr Maier, Sie haben schon bessere Reden gehalten!)

ob wir ihnen nicht vielleicht doch noch einen Hektar abhandeln können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das geht nicht und da helfen auch Belange des Strafvollzugs nicht. Wir bauen die neue Anstalt, gegebenenfalls muss noch etwas zusätzlich gebaut werden, aber an der Stelle des ehemaligen KZs geht es bitte schön nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf, Drucksache 17/20: Dringlicher Antrag des Senats zur Bewerbung Hamburgs um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012.

**[Dringlicher Senatsantrag:  
Bewerbung Hamburgs um die Ausrichtung  
der Olympischen Sommerspiele 2012  
– Drucksache 17/20 –]**

Wir kommen zur Abstimmung. Ziffer 1 des Petitums sieht eine Kenntnisnahme vor. Diese ist erfolgt. C

Wer den Ziffern 2 bis 4 des Petitums zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will die soeben in erster Lesung gefassten Beschlüsse auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag aus der Drucksache 17/20 auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Die SPD-Fraktion beantragt, den Senatsantrag nachträglich an den Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung zu überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch dieses einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf, Drucksache 17/21: Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Zusammensetzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung.

**[Antrag der Fraktion der SPD:**

**Änderung der Zusammensetzung des Ausschusses  
für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung  
– Drucksache 17/21 –]**

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist einstimmig so beschlossen. D

Hierzu möchte ich darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung und Wahlprüfung bereits morgen tagt und die eben beschlossene geänderte Zusammensetzung dann bereits zum Tragen kommt.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und sogar noch teilweise einen restlichen schönen Nachmittag. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17.54 Uhr**

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.